Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1213**

15. Wahlperiode 25. 06. 2003

Entschließungsantrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Thessaloniki am 20./21. Juni 2003

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt den von der griechischen EU-Präsidentschaft organisierten EU-Südosteuropa-Gipfel (Zagreb II) in Thessaloniki am 21. Juni 2003. Die Präsidentschaft hat mit diesem Gipfel die Heranführung der südosteuropäischen Staaten Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, Mazedonien und Albanien an die Europäische Union in den Mittelpunkt der europäischen, politischen Aufmerksamkeit gerückt. Die vom Europäischen Rat beschlossene „Thessaloniki-Agenda" wird der Annäherung der südosteuropäischen Staaten an die EU neue Impulse verleihen und damit Stabilität in der Region und in Europa sichern und eine demokratische Entwicklung fördern.

Der Deutschen Bundestag stellt fest, dass die Unterzeichnung der EU-Beitrittsverträge durch die zehn Kandidatenstaaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Litauen, Lettland, Zypern und Malta in Athen am 16. April 2003 die Einigung Europas weit vorangetrieben hat. Die fünf südosteuropäischen Staaten Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, Mazedonien und Albanien mit etwa 25 Millionen Einwohnern haben im Jahr 2000 vom Europäischen Rat in Feira den Status des „potentiellen Beitrittskandidaten" zuerkannt bekommen. Der seither verfolgte Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess muss weiter ausgebaut werden, um die EU-Perspektive für diese Staaten zu konkretisieren.

Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft dar. Er bietet eine an Konditionen geknüpfte Annäherung an die Europäische Union und ergänzt den bereits im Juni 1999 auf deutsche Initiative ins Leben gerufenen Stabilitätspakt für Südosteuropa (SP), der erstmals eine europäische Perspektive für die Staaten Südosteuropas eröffnete. Im November 2000 auf dem ersten EU-Südosteuropa-Gipfel in Zagreb in Gang gesetzt, hat der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess bereits Mazedonien und Kroatien im April bzw. November 2001 die Möglichkeit gegeben, SA-Abkommen (SAA) zu unterzeichnen. Albanien hat die SAA-Verhandlungen Ende Januar 2003 eröffnet. Kroatien hat als erster Staat der Region im Februar 2003 einen Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union gestellt.

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien von 1993 bleiben Voraussetzung für den Beitritt. Intensive und maßgeschneiderte Heranführungsstrategien werden dabei helfen, die Erfüllung der Kriterien zu erleichtern. Ein möglicher Beitritt zur EU sollte auch auf der Grundlage individueller Fortschritte erfolgen können.

Eine enge regionale Zusammenarbeit der Staaten in Südosteuropa sowohl im politischen und wirtschaftlichen Bereich als auch in Sicherheitsfragen, wie in den

SA-Abkommen verankert, ist zwingend notwendig. Dabei kommt dem Stabilitätspakt für Südosteuropa und anderen regionalen Kooperationsforen wie dem South-East European Cooperation Process (SEECP) und der Southeast European Cooperative Initiative (SECI) eine wichtige Rolle zu. Die regionale Kooperation stellt dabei eine notwendige Bedingung und Ergänzung der Heranführung an die EU dar.

Es gibt deutliche Unterschiede im politischen und wirtschaftlichen Reformprozess dieser Staaten und ungeklärte Statusfragen in der Region. Veränderungen der Qualität der bestehenden Grenzen dürfen gemäß der Charta der Vereinten Nationen und auch der Pariser Charta der KSZE/OSZE nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen.

Eine konkrete EU-Perspektive wird diesen Staaten helfen, strittige Fragen in der Region wie die Flüchtlingsrückkehr, den Minderheitenschutz, die Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien oder die regionale Rüstungskontrolle zwischen den Nachbarn schneller zu lösen.

Die EU-Kommission hat am 21. Mai 2003 eine neue europäische Integrationspartnerschaft mit den südosteuropäischen Staaten vorgeschlagen, die den SAP durch Elemente aus dem Erweiterungsprozess ergänzen sollen. Dazu gehören eine verstärkte Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Institutionen durch Verwaltungspartnerschaften und technische Hilfe, vertiefte politische Zusammenarbeit und die mögliche Beteiligung dieser Länder an einer Reihe von Gemeinschaftsprogrammen.

Die Übernahme der Polizeiaufgaben durch die EU-Polizeimission in Bosnien und Herzegowina, der NATO-Mission in Mazedonien durch die EU und die vom Europäischen Rat in Kopenhagen in Aussicht genommene Übernahme der NATO-Mission SFOR in Bosnien und Herzegowina sind wichtige Beiträge der Europäischen Union, um eine dauerhafte Stabilisierung der Region zu gewährleisten und die Heranführungsstrategie zu flankieren. Die Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic am 12. März 2003 hat deutlich gemacht, dass weiterhin Risiken für Sicherheit und Stabilität in der Region bestehen und daher die Notwendigkeit dieser Strategie unterstrichen.

Die südosteuropäischen Staaten müssen ihrerseits alles unternehmen, um eine Annäherung an die EU zu beschleunigen. Dazu gehören insbesondere der Schutz der Menschenrechte, die Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses, der wirtschaftlichen und institutionellen Reformen und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für die Eröffnung einer konkreten EU-Perspektive für die südosteuropäischen Staaten auszusprechen und in der Europäischen Union dafür zu werben,
2. sich in der EU dafür einzusetzen, dass die Integration Südosteuropas in die europäischen Strukturen als eine gemeinsame Aufgabe wahrgenommen wird: Südosteuropa muss dabei verstärkte Aufmerksamkeit und Unterstützung für seine politische und wirtschaftliche Entwicklung erfahren,
3. trotz der neuen internationalen Herausforderungen die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Region Südosteuropa mit hoher Priorität und nachhaltig voranzutreiben.

Berlin, den 25. Juni 2003

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333